

Niederschrift

über die 24. Sitzung des **Hauptausschusses** der 7. Wahlperiode am **23.05.2022** –
öffentlicher Teil

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von

Karsten Schneider

Bürgermeister

Gemeindevertreter:

- | | |
|--|---|
| 1. Böttcher, Mario | x |
| 2. Kurowski, Mario | x |
| 3. Mehlhorn, Christian | x |
| 4. Michalski, Jürgen | e |
| 5. Reinbold, Ralf | x |
| 6. Schulz, Norbert | x |
| 7. Tomschin, Dietrich | x |
| 8. Holtz, Helga | e |
| 9. Drahota, Grit (stellv. für Herrn Michalski) | x |

Gäste: 3 Besucher*innen

Teilnehmer der Verwaltung:

- | | | |
|---------------|---|--------------------------|
| Frau Guruz | - | AL Planen und Bauen |
| Frau Küster | - | AL Allgemeine Verwaltung |
| Herr Schwerin | - | Personalvertretung |

Frau Gerl für das Protokoll
Frau Kubowicz

Niederschrift über die 24. Sitzung des Hauptausschusses der 7. Wahlperiode am 23.05.2022 – öffentlicher Teil

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Haus des Gastes
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 18:52 Uhr

Zu 1.

Herr Schneider begrüßt die Ausschussmitglieder, Frau Guruz, AL Amt Planen und Bauen, Frau Küster, AL Allgemeine Verwaltung, Herrn Schwerin von der Personalvertretung, Frau Gerl und Frau Kubowicz für das Protokoll und die Besucher*innen. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Entschuldigt hat sich Frau Holtz. Ein Stellvertreter ist nicht anwesend. Offenbar ist Frau Drahotová für Herrn Michalski anwesend. Insofern ist Herr Michalski entschuldigt. Gebeten wird, künftig vorab Bescheid zu geben, um im Bedarfsfall noch Unterlagen zusenden und das korrekte Namensschild vorhalten zu können. Der Hauptausschuss ist mit der Anwesenheit von acht Mitgliedern beschlussfähig.

Zu 2. – Feststellung der Tagesordnung

Herr Schneider: Auf dem Tisch liegt das Blatt mit dem Entscheidungsergebnis des Bauausschusses zum TOP 10, welches auszuwechseln ist (Tippfehler). Zugesandt wurde die Tischvorlage zum TOP 14. Sie liege zusätzlich auf den Tischen der Ausschussmitglieder.

Anträge zur Tagesordnung:

Herr Kurowski stellt den Antrag, den TOP 14 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung – Beschlussvorschlag über die Vergabe von Bauleistungen im Rahmen einer freihändigen Vergabe für die Maßnahme: „Herstellung eines provisorischen Parkplatzes ehemalige „Alte Schule Prora“ – hier: Aufbringen einer Schotterschicht – von der Tagesordnung zu nehmen, da die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 18.05.2022 die Legitimation zur Beschlussfassung durch den Hauptausschuss nicht erteilt hat, sondern die Behandlung in der Sitzung der Gemeindevertretung am 23.06.2022 beschlossen hat.

Herr Schneider äußert, dass der Beschlussvorschlag zugesandt wurde, nachdem eine Erkundigung bei der uRAB erfolgt sei. Demnach gebe es drei Möglichkeiten, wie damit umgegangen werden könne (per Mail an die GV zugesandt):

1. Der Hauptausschuss entscheidet heute, die Gemeindevertretung wird in der nächsten Sitzung informiert.
2. Zu diesem TOP wird eine Sondersitzung der Gemeindevertretung einberufen, da es hier um eine Verfristung geht.
3. Der Bürgermeister entscheidet allein hinsichtlich der Dringlichkeit.

Herr Kurowski beruft sich noch einmal darauf, dass die Gemeindevertretung den Beschluss gefasst hat, den Hauptausschuss nicht zu legitimieren. Dieser habe Rechtsgültigkeit. Insofern stelle er erneut den Antrag, den TOP von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Schneider: Nochmalige Erläuterung, dass sich herausgestellt habe, dass die Beschlussfassung doch in die Zuständigkeit des Hauptausschusses falle (Höhe Wertgrenze). Daraufhin sei bei der uRAB angefragt worden, ob wie beschrieben verfahren werden könne.

Herr Kurowski: Die Gemeindevertretung habe das Recht, sich jederzeit Beratungsgegenstände/Beschlussvorschläge zurückzuholen.

Herr Schneider geht noch einmal auf die am 17.06.2022 endende Bindefrist der Angebote ein, woraufhin von der uRAB die drei vorgetragenen Möglichkeiten aufgezeigt wurden. Wenn Herr Kurowski seinen Antrag aufrechterhalte, werde darüber abgestimmt. Im Ergebnis müsse man schauen, inwiefern die Gemeinde womöglich in Regress genommen wird. Herr Schneider werde in der Folge ggf. das weitere Vorgehen besprechen.

Herr Kurowski hält seinen Antrag aufrecht. Herr Tomschin bringt ergänzend zum Ausdruck, dass gar keine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung erfolgen könne, einerseits wegen des Beschlusses der letzten Sitzung der Gemeindevertretung und andererseits wegen des noch nicht beschlossenen Nachtragshaushaltes, in welchem das Geld eingestellt ist. Ohne gesicherte Finanzierung könne keine Entscheidung getroffen werden.

Die Ausgaben sind im HH-Plan enthalten, so Herr Schneider.

Herr Tomschin räumt ein, womöglich nicht richtig geschaut zu haben.

Herr Schneider stellt den Antrag von Herrn Kurowski, den TOP 14 von der Tagesordnung zu nehmen, zur Abstimmung. Das Ergebnis lautet wie folgt:

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	5
	Nein/Stimmen:	3
	Stimmenthaltungen:	keine

Frau Drahota nimmt auf die im Nachtragshaushalt eingestellte Summe in Höhe von 250.000 EUR Bezug. Da die Sitzung des Finanzausschusses ausgefallen ist, sei eine Beratung dazu noch nicht möglich gewesen.

Frau Guruz äußert, dass die Mittel im Zuge der Baumaßnahme bereits eingestellt gewesen sind. Insofern handelt es sich nach ihrer Auffassung nicht um extra eingestelltes Geld, sondern um eine Übernahme vom letzten Jahr. Die genehmigte HÜL gebe ihr das entsprechende Budget vor. Der Parkplatz sollte bereits vor einiger Zeit fertiggestellt werden. Frau Guruz werde den Sachverhalt vorsorglich noch einmal prüfen.

Beschluss des Hauptausschusses Nr. 127-24-2022

Der Hauptausschuss folgt dem Antrag, den TOP 14 von der Tagesordnung zu nehmen und beschließt die geänderte Tagesordnung.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	8 (einstimmig)
-------------	-------------	----------------

Tagesordnung:

öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellen der form- und fristgerechten Einladung sowie Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Einwohnerfragestunde
4. Informationen der Verwaltung
5. Anfragen der Hauptausschussmitglieder
6. Bestätigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Hauptausschusses vom 04.04.2022 – öffentlicher Teil
7. Beschlussvorschlag über die Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bauantrag: „Nutzungsänderung von Wohnräumen zu einer Ferienwohnung – Klünderberg 17 b
hier: Antrag auf Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 41 „Wohnen am Klünderberg“ der Gemeinde Ostseebad Binz
8. Beschlussvorschlag über die Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bauvorhaben: „Umnutzung von 2 Wohnungen zu einem kleinen Beherbergungsbetrieb – Dünenstraße 68 a (Wohnungen 19 und 39)
hier: Antrag auf Ausnahme von der Veränderungssperre (Teilbereich Marktpassage) nach § 14 Abs. 2 BauGB im Bereich der sich in Aufstellung befindlichen 7. Änderung des B-Plans Nr. 7/8 „Neubin“ der Gemeinde Ostseebad Binz
9. Beschlussvorschlag über die Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bauvorhaben „Umnutzung Wohnung zu einem kleinen Beherbergungsbetrieb – Dünenstraße 68 a“
hier: Antrag auf Ausnahme von der Veränderungssperre (Teilbereich Marktpassage) nach § 14 Abs. 2 BauGB im Bereich der sich in Aufstellung befindlichen 7. Änderung des B-Plans Nr. 7/8 „Neubin“ der Gemeinde Ostseebad Binz
10. Beschlussvorschlag über die Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens zu Ausnahmen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1 „Zentrum“ der Gemeinde Ostseebad Binz im Rahmen des Bauantrages: „Umbau Hotel Merkur zu Ferienwohnungen mit Erhalt der Bestandsnutzung im Erdgeschoss – Schillerstraße 15“
hier: Anträge auf Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB für GRZ Gebäudelänge und Abstandsflächen sowie Antrag auf Ausnahme von der Veränderungssperre im Bereich der 7. Änderung des B-Plans 1 „Zentrum“(Versorgungsbereich)
11. Beschlussvorschlag über die Zustimmung zur Annahme einer Geldspende für den Seniorenbeitrag

nichtöffentlicher Teil

12. Bestätigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Hauptausschusses vom 04.04.2022 – nichtöffentlicher Teil
13. Beschlussvorschlag über die Zuschlagserteilung im Rahmen des Vergabeverfahrens nach VOB/A für die Leistung: „Ersatzneubau ortsfeste Steigleitern in 18609 Ostseebad Binz“
14. Beschlussvorschlag über die Zuschlagserteilung im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung nach VOB/A für die Maßnahme: „Instandsetzung Pestalozzistraße –Teil 2, Landschaftsbauarbeiten/Bepflanzung“
15. Beschlussvorschlag über den Erschließungsvertrag der EWE Vertrieb GmbH für die Erschließungsmaßnahme MZO
16. Beschlussvorschlag zur Besetzung der Stelle Sachbearbeiter (m/w/d) Standesamt

17. Beschlussvorschlag zur Besetzung der Stelle Sachbearbeiter (m/w/d) Wirtschaftsförderung

18. Informationen/Mitteilungen des Bürgermeisters und der Ausschussmitglieder

Zu 3. – Einwohnerfragestunde

Herr Suhrbier nimmt Bezug auf die Stellenausschreibungen der Gemeinde. Ausgeschrieben sind drei Stellen (SB Grünplanung/Umwelt, AL Finanzen und SB Wohngeld). Ihm sei aufgefallen, dass die Stelle SB Grünplanung und Umwelt in der EG 8 ausgeschrieben ist; im Stellenplan sei die EG 10 für diese Stelle ausgewiesen. Anfrage, ob es bereits Erkenntnisse aus der Organisationsuntersuchung dahingehend gibt, die Stelle niedriger zu bewerten bzw. welche Beweggründe es dafür gibt. Die Stelle AL Finanzen sei völlig offen ausgeschrieben (gemäß Stellenplan des HH-Planes EG 11). Die Frage sei, warum auf diese Angabe verzichtet wurde. Bei der Stellenausschreibung SB Wohngeld erfolgte ebenfalls keine Angabe der Entgeltgruppe (lt. Stellenplan EG 8).

Herr Suhrbier möchte wissen, warum die Entgeltgruppen nicht angegeben werden, um Bewerber*innen innerhalb der Stellenausschreibung über die Entgeltgruppe zu informieren und ob es bereits Erkenntnisse aus der Organisationsuntersuchung gibt.

Frau Küster erklärt, dass es bei Stellenausschreibungen nicht zwingend erforderlich sei, die Entgeltgruppen anzugeben. Mitunter werde die EG angegeben, manchmal aber auch nicht. Das sei gängige Praxis. Sie stellt klar, dass die Stelle Umwelt/Grün nicht die Stelle Grünplanung sei, die im Stellenplan mit der EG 10 eingestellt ist. Es handelt sich um die derzeit vakante Stelle SB Umwelt. Man habe sich in der Verwaltungsleitung darauf verständigt, die Stelle Umwelt mit der Grünplanung zu kombinieren. Die Ausschreibung erfolgte mit der EG 8, da es sich um die vakante Stelle SB Umwelt handelt und die andere Stelle noch nicht zur Verfügung stehe und vielleicht in der Form auch nicht benötigt werde. Im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Stelle AL Finanzen wiederholt Frau Küster ihre Aussage, dass es nicht zwingend erforderlich sei, die Eingruppierung der Stelle in der Stellenausschreibung anzugeben.

Herr Suhrbier bestätigt das, meint aber, dass es in der Regel getan werde.

Da es keine weiteren Fragen gibt, beendet Herr Schneider die Einwohnerfragestunde.

Zu 4. – Informationen der Verwaltung

keine

Zu 5. – Anfragen der Hauptausschussmitglieder

Frau Drahota möchte mit ihrem Redebeitrag auf die Situation im Bereich der neuen Straße auf dem MZO-Gelände aufmerksam machen. Die Bushaltestelle liege nunmehr im vorderen Bereich des Geländes. Dahinter befinde sich nach ihrer Wahrnehmung der Parkplatz, auf dem die Eltern stehen. Zumindes kamen diese von dort. Hinzu kommen an dieser Stelle der PKW- und der Radverkehr auf der ohnehin relativ schmalen Straße. Die Situation sei aus ihrer Sicht der „absolute Horror“, was die Sicherheit betreffe. Anfrage, ob es eine Lösung gebe, die Situation zu entschärfen und die Straßennutzung sicherer zu gestalten. Nachforschungen ihrerseits haben ergeben, dass bereits Beschwerden in der Grundschule aufgelaufen sind.

Frau Guruz bringt zum Ausdruck, mit den straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen auch sehr unzufrieden zu sein. Die Gemeinde habe Lösungsvorschläge unterbreitet; gewollt war beispielsweise ein fest markierter Radweg. Der Fußweg selbst sei abgesichert; das sei sicherlich wahrgenommen worden. Weitere Markierungen habe die Straßenverkehrsbehörde nicht gestattet. Heute habe eine Bauberatung stattgefunden, um das Areal besser im Schuss zu halten (u.a. breit gefahrener Kies). Zudem solle es ein wenig mehr Beschilderungen geben. Außerdem laufe eine Anfrage, die Verkehre noch strikter zu trennen. Als nächstes gebaut werden soll der Elternkreisel, der ohnehin im Projekt sei. Dies soll über den Sommer erledigt werden. Insofern sei hoffentlich davon auszugehen, dass sich zu Beginn des neuen Schuljahres die Situation entschärft hat.

Herr Schneider bekräftigt ergänzend, in der Tat mit der straßenverkehrsrechtlichen Situation sehr unzufrieden zu sein. Eine bessere Ausschilderung sei, so die Beantwortung einer Frage, bewusst nicht in Erwägung gezogen worden, um den ortsunkundigen Besucher von der Innenstraße in Richtung Prora abzulenken und stattdessen auf die Landesstraße zu zwingen. Damit soll der Verkehr auf der Innenstraße minimiert werden. Das mache nach erstem Anhören auch Sinn. Aber dennoch habe die Gemeinde gebeten, das Eine oder Andere noch einmal zu prüfen. Die verkehrsrechtliche Anordnung bleibe abzuwarten.

Frau Drahota: Echter „Horror“ sei der Weg der Kinder zur Bushaltestelle. Sie bewegen sich zwischen den Autos. Zu beobachten sei, dass die Fahrradfahrer nicht einmal absteigen.

Herr Schneider: Der Elternparkplatz befinde sich genau gegenüber der Sporthalle. Frau Drahota habe sicherlich Eltern gesehen, die eben nicht auf diesem Parkplatz geparkt haben. Man müsse eben auch damit leben, dass sich nicht alle an die festgelegten Regeln halten.

Zu 6. – Bestätigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Hauptausschusses vom 24.01.2022 – öffentlicher Teil

Beschluss des Hauptausschusses Nr. 128-24-2022

Der Hauptausschuss bestätigt die Niederschrift über die 23. Sitzung des Hauptausschusses vom 04.04.2022 – öffentlicher Teil.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	5
	Nein/Stimmen:	keine
	Stimmenthaltungen:	3

Zu 7. – Beschlussvorschlag über die Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bauantrag: „Nutzungsänderung von Wohnräumen zu einer Ferienwohnung – Klünderberg 17b – hier: Antrag auf Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 41 „Wohnen am Klünderberg“ der Gemeinde Ostseebad Binz

Herr Schneider: Der Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt empfiehlt mehrheitlich, dem Ausnahmeantrag von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 41 „Wohnen am Klünderberg“ nicht zuzustimmen und das gemeindliche Einvernehmen nicht herzustellen.

Herr Schneider stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Das Ergebnis lautet wie folgt:

Abstimmung:	Nein/Stimmen:	8	(einstimmig)
-------------	---------------	---	--------------

150,00 EUR für den Seniorenbeirat zukommen lassen. Die Beschlussfassung obliegt aufgrund der Wertgrenze dem Hauptausschuss.

Beschluss des Hauptausschusses Nr. 129-24-2022

Der Hauptausschuss beschließt in seiner Sitzung am 23.05.2022 die Annahme einer Geldspende in Höhe von 150,00 EUR für die Tätigkeit des Seniorenbeirates der Gemeinde Ostseebad Binz. Die Spendenbescheinigung geht an Herrn Klaus Huntemann, Schillerstraße 1 in 37083 Göttingen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 8 (einstimmig)

Herr Schneider dankt den Bürger*innen für ihr Interesse und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:52 Uhr.

Karsten Schneider
Bürgermeister Vorsitzender Hauptausschuss

Ilona Gerl
Protokollantin